

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 48.

Sonntag, 28. November.

1880.

Ersteinst
wöchentlich einmal
Büchlein (Schweiz)
Verlag
H. Dietz, Industriehalle
Berlin-Süd
Postbelegungen
Frankfurt am Main
Erschließung
nach der Schweiz
Doppelporto

Abonnements
werden nur beim Verlag
und dessen bekannten Vertretern
entgegengenommen und zwar
voraus zu zahlen
Preis für ein Vierteljahr
1 M. 20 Pf. — für ein halbes
2 M. 20 Pf. — für ein Jahr
4 M. 20 Pf. — für ein Jahr
6 M. 20 Pf. — für ein Jahr
10 M. 20 Pf. — für ein Jahr
15 M. 20 Pf. — für ein Jahr
20 M. 20 Pf. — für ein Jahr
25 M. 20 Pf. — für ein Jahr
30 M. 20 Pf. — für ein Jahr
35 M. 20 Pf. — für ein Jahr
40 M. 20 Pf. — für ein Jahr
45 M. 20 Pf. — für ein Jahr
50 M. 20 Pf. — für ein Jahr
55 M. 20 Pf. — für ein Jahr
60 M. 20 Pf. — für ein Jahr
65 M. 20 Pf. — für ein Jahr
70 M. 20 Pf. — für ein Jahr
75 M. 20 Pf. — für ein Jahr
80 M. 20 Pf. — für ein Jahr
85 M. 20 Pf. — für ein Jahr
90 M. 20 Pf. — für ein Jahr
95 M. 20 Pf. — für ein Jahr
100 M. 20 Pf. — für ein Jahr

Teils an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“... als möglich an den „Sozialdemokrat“... die deutschen Arbeiterpartei... die deutsche Arbeiterpartei... die deutsche Arbeiterpartei...

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Sozialismus und Christentum.

Der mächtigste Faktor, mit dem der Sozialismus, selbst wenn er alle seine ökonomischen und politischen Forderungen erfüllt sähe, einmal die letzte und schwerste Rechnung auszutragen haben wird, ist die christliche Kirche, in deren Fesseln noch der größte Teil unseres Volkes gefangen liegt. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln suchen die Vertreter des christlichen Prinzips gegen die neue Weltanschauung, die an der Hand der modernen Naturforschung und Naturerkenntnis sich mächtige Bahn gebrochen hat, ihre Herrschaft über die Gemüter aufrecht zu erhalten, was ihnen zum Teil auch leider nur allzugut gelingt, weil eben die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte systematische Verdummung gepflegten religiösen Vorurteile so innig mit dem ganzen Denken und Fühlen des gemeinen Volkes verwachsen sind, daß sie plötzlich und gewaltsam nie und nimmer aus dem Herzen gerissen werden können.

Es ist deshalb grundverteuert, durch plumpe Angriffe der einen in unserm Volkleben festgewurzelten religiösen Vorstellungen und Gefühle das Volk seinem alten Glauben abwendig zu machen und für die neuen Ideen zu gewinnen zu suchen. Die maßlosen Schimpfeereien auf das Christentum, wie sie eine Zeitlang unter den deutschen Sozialdemokraten zum guten Ton gehörten, haben schon viele dem Sozialismus abgelenkt. Dieses Geschäft überlassen wir lieber der liberalen Judenpresse, der Wortführerin unserer herrschenden Klassen; denn wenn diese auch, besonders in den hohen und höchsten Kreisen, des „guten Beispiels“ wegen den Schein der Kirchlichkeit zur Schau tragen, so sind sie doch ihrer überwiegenden Mehrzahl nach im Grund tief irreligiös und lassen, wenn sie unter sich sind, einer eynischen Iridolatrie gegen Moral und Religion die Hügel schießen.

Die rücksichtslosen Angriffe auf das Christentum ist also nichts gethan. Selbst wenn wir die Gewalt in Händen hätten, wäre die gewalttsame Bekämpfung desselben ein mißliches Ding. Wessen der religiöse Fanatismus fähig ist, dafür haben wir Beispiele genug in der Geschichte: ich nenne nur die Wendebauer, die in ihrem Glauben bedroht, ihre eigenen Befreier aufs wüthendste bekämpften. Den religiösen Anschauungen der Leute müssen wir im Gegentheil dadurch beizukommen suchen, daß wir in ihren Gedanken- und Ideenkreis eingehen und ihnen z. B. an der Hand der Bibel zeigen, wie durch die Träger der herrschenden Kirche, die faulen und nutzlosen Pfaffen, die reine christliche Lehre verfälscht und in ihr Gegentheil verkehrt, aus der Predigt für die Armen, Unterdrückten und Enterbten eine Lehre für die Reichen, Herrschenden und Besigenden gemacht worden ist, um das Volk in der alten Knechtseligkeit und Zufriedenheit zu erhalten.

Ist so einmal der Glaube an die menschlichen Autoritäten erschüttert und die Zweifel an deren Ehrlichkeit und guten Willen gewakt, so kann man schon einen Schritt weiter gehen und bei der zunehmenden Trostlosigkeit der gegenwärtigen Zustände ein Leichtsinn! — auch den Samen des Mißtrauens gegen den „Obersten“ in den Herzen austreuen und die Nichtigkeit der Hoffnungen auf und von einem Jenseits zum Bewußtsein bringen. Die verfluchte Zufriedenheit und Genügsamkeit, in der allerdings unser Volkswohl Merkwürdiges leistet, hat denn doch ihre Grenzen und wird, wie in den Zeiten des Bauernkriegs, einem um so stürmischeren Begehren nach Besserung der unerträglichsten Zustände und der Forderung Platz machen, das Himmelreich, das man leither in den Wolken suchte, auf Erden zu errichten.

Sind einmal die breiten Schichten des Volkes von diesen Anschauungen durchdrungen, verlangen sie auf Erden schon ein menschenwürdiges Dasein, dann hat die letzte Stunde für Thron und Altar geschlagen. Das haben denn auch die beiden feindlichen Brüder Staat und Kirche, deren Zwist wir im vergangenen Jahrzehnt leider nicht gehörig auszunutzen verstanden, gar wohl erkannt, indem sie jetzt zur Knechtung des Volkes ihr Bündnis wieder zu erneuern trachten.

Von den beiden in unserem Vaterland herrschenden Kirchen ist die in Selbstzerückung begriffene evangelische Landeskirche als solche wenig zu fürchten: hier ist der Kampf mehr mit den Einzelnen „wurzeluntergraben“ in der angegebenen Weise zu führen, passiv auch dadurch, daß jeder Genosse, dessen Stellung es irgend erlaubt, die sogenannten kirchlichen Gnadenmittel, Taufe, Trauung, Beerdigung u. s. w. konsequent verweigert, um dem gemeinen Mann die Entbehrlichkeit dieser Dinge ad oculos zu demonstrieren. Gute Beispiele verderben schlechte Sitten.

Schwieriger gestaltet sich der Kampf mit der katholischen Kirche, die, ein wohlorganisiertes, festgefügtes Ganzes, ihre

Rittige über die ganze Erde gebreitet hat und in ihren Krallen die Gläubigen fest umschlungen hält. Schon haben sich die intelligenteren Vertreter derselben, in richtiger Erkenntnis ihrer Bedeutung, auch der sozialen Frage bemächtigt und machen uns die Lösung derselben streitig. Auf diesem Felde werden einmal die „rothe“ und die „schwarze Internationale“ ihre Kräfte in gewaltigem Ringen miteinander messen, wie Bischof Ketteler wohl richtig prophezeit hat. Einstweilen aber können wir mit unigem Behagen dem sog. Kulturkampf zuschauen, der hoffentlich noch recht lange währt, damit die beiden Mächte einander gegenseitig aufreiben und in der Achtung des Volkes vollständig diskreditieren. Das blutende Aushere der katholischen Kirche mag noch eine zeitlang die Stute gefangen halten: aber schon mancher Gläubige hat ihre innere Hohlheit erkannt, die auf Pfaffenrang und Pfaffenherrschafft gebaut ist.

So notwendig und segensbringend (?) das Christentum in seiner reinen und lauterer Form für die verrotteten Zustände der dem Untergang geweihten griechisch-römischen Welt war, so überflüssig und kulturfeindlich ist es heutzutage in seiner verfallenen (?) und verzerrten Gestalt. Den Kern desselben (?) hat die neue Weltreligion des Sozialismus bewahrt, der mit seiner Lehre von der Gleichheit alle Menschen auf Erden und mit seiner Forderung eines menschenwürdigen Daseins für alle Menschen siegreich die Welt durchzieht.

Die Sozialisten in Oesterreich.

Zur Arbeiterdemonstration am 14. Nov. in Wien.

Seit jener verhängnisvollen Resolution des politischen Vereins „Volkstimme“ in Wien vom März 1873 haben sich die österreichischen Arbeiter von dem Kampfe zwischen den herrschenden Parteien ferngehalten, und sie mußten dies umsonst thun, als die „liberale“ Regierung jede Meinungsäußerung der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Klassen mit allen Mitteln der Polizeigewalt niederhielt. Das liberale Regime machte sich jedoch durch eine bisher beispiellose Korruption in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, durch die brutale Unterdrückung jeder gegnerischen Partei allmählich so verhaßt, daß sogar die sonst für alles politische Leben gleichgültigen Volksklassen zu reagieren begannen und die wachsende allgemeine Unzufriedenheit im Zusammenhang mit der Programmlosigkeit der liberalen Führer bei den vorjährigen Wahlen die sogenannte Verfassungs-partei — wie sich die deutsch-liberale Partei bisher nannte — in die Minorität brachte.

Nicht ohne Einfluß auf dieses Resultat war allerdings auch der Umstand, daß die liberale Partei der Annexionspolitik des Hofes Opposition machte, hauptsächlich aus dem Grunde, weil dieselbe durch die neu hinzukommenden Völkerschaften die Macht des Absolutismus wachsen und ihre eigene politische Alleinherrschaft gefährdet sah. Das heutige Ministerium hat die Aufgabe, mit Hilfe des Adels und der klerikalen Partei die Mittel zur Fortführung der Annexionspolitik im Oriente zu erlangen und im Inneren die konservativen und klerikalen Interessen zur Belohnung für die eifrigen Dienstleistungen dieser Parteien zu fördern.

Die schwache und zugleich starke Seite der liberalen Partei ist ihr nationaler Standpunkt. Ihre schwache insofern, als sie sich nur auf die deutschen Elemente stützen kann und bloß durch Konzessionen, die meistens verderbliche Wirkungen gehabt haben, sich für bestimmte Aktionen die Unterstützung anderer nationaler Parteien sichern konnte. Solche Bundesgenossen waren früher die Polen, die aber, seitdem die liberale Partei die Regierungsgewalt und damit die Fähigkeit, praktisch wirksame Konzessionen zu gewähren, verloren hat, auf Seite der klerikalen und Tschechen stehen. Andererseits ist die liberale Partei, wenn sie in der Opposition ist, nur durch ihre deutsch-nationale Basis stark, weil die konservativen und klerikalen die Slaven notwendig zu ihrer Unterstützung brauchen und infolge dessen gezwungen sind, das Deutschthum zurückzudrängen. Freilich hat die heutige Regierung sich angeblich die „Versöhnung“ der Nationalitäten zur Aufgabe gemacht; allein wer die sozialen und politischen Verhältnisse Oesterreichs kennt, weiß, daß dies nur eine Phrase ist und so lange eine Phrase bleiben muß, als das gegenwärtige Gruppenwahlsystem besteht.

Es ist niemand von Bedeutung in der österreichischen Arbeiterpartei, welcher nicht von der reaktionären Gesinnung der gegenwärtigen Mitglieder der Regierung überzeugt wäre; aber es ist auch niemand, der von einer deutsch-liberalen Regierung eine Erweiterung des Wahlrechts in nennenswerthem Maße oder politische Freiheit erwartete. Wir wissen, daß gerade

die deutsch-liberale Partei die entschiedenste Gegnerin des allgemeinen Wahlrechts sein muß, weil sie sich nur auf die besitzenden Klassen der deutschen Minorität stützt und das kapitalistische Interesse der Börse, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes repräsentiert; sie hat daher in richtiger Wahrnehmung ihrer Interessen zur Zeit ihrer Herrschaft alle Versuche, die bestehenden Wahlprivilegien zu beseitigen, gänzlich zurückgewiesen. Wie schnell ist nicht im Jahre 1873 die Agitation für die gewiß harmlose Forderung der Arbeiterkammern in Sand verlaufen, bloß deshalb, weil die liberale Regierung nicht die geringste Neigung zeigte, die Versprechungen einzelner liberaler Abgeordneter gegenüber den Arbeiter zu verwirklichen? Und auch auf dem am 14. Nov. in Wien stattgefundenen „allgemeinen österreichischen Parteitag“ haben die Liberalen ein ihnen vorgelegtes freimüthigeres politisches Parteiprogramm ad acta gelegt und sich einzig und allein auf ein nationales Einigungsprogramm und auf einige nichtsagende liberale Phrasen beschränkt.

Die Arbeiter Oesterreichs haben demnach von keiner der bestehenden parlamentarischen Parteien für sich etwas zu erwarten, wenn sich auch in jeder der nationalen Fraktionen einige freimüthige Elemente befinden, die aber durch ihre Vereinzelung und gegenseitige nationale Befehdung ohnmächtig sind. Die einzige Möglichkeit einer Erweiterung der politischen Rechte in Oesterreich liegt in der Begründung einer aus allen nationalen Fraktionen zusammengesetzten demokratischen Partei, die den Nationalitätenhader durch das allgemeine Stimmrecht zu beseitigen sucht. Auf die Bildung einer solchen Partei hinzuwirken, haben die sozialistisch gestimmten Arbeiter Oesterreichs gleichzeitig mit und unmittelbar nach dem deutsch-österreichischen Parteitag Volksversammlungen in allen größeren Industriestädten Oesterreichs einberufen, in welchen eine gleichlautende Resolution vorgelegt und unter allgemeiner Zustimmung angenommen wurde. Dieselbe kennzeichnet die deutsch-liberale Partei und erklärt, daß nur die Erfüllung der seit Jahren von den Arbeitern Oesterreichs erhobenen politischen und wirtschaftlichen Forderungen die Zukunft des Staates, die Ruhe und den Wohlstand der Bevölkerung dauernd zu sichern vermag; schließlich stellt sie folgende Einzelorderungen:

- 1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle Bevölkerungsteile mit Bilanzbezug für die Abgeordneten. 2. Fortes Vereins- und Versammlungsrecht, insbesondere Koalitionsfreiheit. Die Auflösung eines Vereins darf nur durch richterliches Erkenntnis erfolgen. 3. Vollkommene Pressefreiheit; demzufolge Abschaffung aller bestehenden Normen zur Einschränkung der Press-, als: Objektives Verbot, Kontentionspflicht und Zeitungskontempel, Freigebung der Kolportage. 4. Da aber dem arbeitenden Volke die Gewährung der politischen Rechte allein nichts nützt, indem es in Folge seiner ökonomischen Abhängigkeit von dem Kapitale dem alles aufreibenden Konkurrenz-kampfe preisgegeben ist, die derzeit bestehenden Gesetze aber absolut nicht geeignet sind, gegen die jeztige, immer mehr überhandnehmende Noth der arbeitenden Klassen Abhilfe zu schaffen, verlangt deshalb die heutige Versammlung ein nicht minder entscheidendes Einsehen von wahren Volksvertretern für nachstehende Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete: 1. Revision der Gewerbe-Ordnung im Sinne der von früheren Versammlungen beschlossenen Resolutionen und Petitionen, welche in folgenden Punkten gipfeln: a) Aufhebung der Zwangsvereinspflichten; b) Normalarbeitszeit von zehn Stunden, Entschärfung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit, Regelung des Lehrlingswesens; c) Haftpflicht der Arbeitgeber; d) Errichtung von Hilfskassen unter Selbstverwaltung der Arbeiter mit gesetzlicher Verpflichtung zur Beitragsleistung der Arbeitgeber; e) Einführung von Gewerbe- und Fabrik-Inspektoren, sowie vollständige Durchföhrung der Gewerbegerichte. 2. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer, vorläufig aber sofortige Abschaffung aller Konsumsteuern, hauptsächlich auf die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, als Fleisch, Wehl, Kaffee, Petroleum etc. 3. Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volkwehre. (Schluß folgt.)

Zum polnischen Revolutionsfest.

Wir erhalten von unsern polnischen Genossen in Genf folgende vornehmliche Kundgebung, der wir nichts als den Ausdruck unserer vollkommenen Zustimmung und unserer herzlichsten Sympathien für die polnische Bruderbewegung hinzuzufügen haben:

Der 29. Nov. ist der fünfzigste Jahrestag der polnischen Revolution von 1830. Ein halb Jahrhundert ist vergangen, seitdem das polnische Volk seinem Unterdrücker eine der blutigsten Schlachten geliefert hat. Dieser von einer Niederlage gefolgte Kampf war nicht der letzte. Die Jahre 1846, 1848 und 1863 sind nicht minder merkwürdig in der Geschichte Polens. Seine Leiden, seine verzweifelten Kämpfe haben diesem Lande die allgemeine Sympathie aller Völker des Abendlandes und die Unter-

Gründungen. Kann eine Bank mit so theurem Gelde — ganz abgesehen von allen Verwaltungskosten und theurem „deforativem“, zur Auslösung von Gimpel aus früheren Ministern, Grafen u. dgl. bestehendem Personal — nützliche, fruchtbringende Geschäfte machen? Aber warum handelt sich's ja auch gar nicht, sondern lediglich um das Taschenfallen der Kapitalisten. Und es ist der Schwanz des Arbeiters, mit dem sie so umgehen!

— In Prag, Brünn und an anderen Orten wurden Versammlungen verboten; in Prag wurde der politische Arbeiterklub aufgelöst.

— Auch in Ungarn werden die Ausweisungen von Sozialisten immer gewöhnlicher. So wurde aus Budapest Gen. Gara (Böhme) und aus Eßef (Kroatien) Gen. Zuffinger (Ungar) ausgewiesen. Man kommt überall auf die gleichen Wege und wird damit wohl auch überall zu dem gleichen Ende kommen!

Belgien.

— **Brüssel**, 16. Nov. Angesichts des Umstandes, daß die tyrannische deutsche Regierung hundert der besten Bürger von Haus und Herd, von Weib und Kind vertriebt, und sie dadurch zwingt, sich nach allen Richtungen zu zerstreuen, um eine Existenz zu verdienen, Arbeit und Brod für sich und die Ihrigen zu suchen, — halten wir es für nöthig, so leid es uns auch thut, die verfolgten Genossen auf das dringendste davor zu warnen, ihre Schritte hierher zu lenken. Zunächst liegen die Geschäfte, wie das überall nach großen Festlichkeiten und Anwesenheiten der Fall ist, so sehr darnieder, daß es nur in den seltensten Fällen möglich sein würde, für zureichende Gehälter Arbeit zu erhalten, gleichviel in welcher Branche. Es ist jedoch nicht das allein, was deutsche Genossen vom Niederhaltenden abhalten muß; es gibt noch einen kräftigeren Grund. Die „liberale“ belgische Regierung illustriert bekanntlich die belgische „Freiheit“ bzw. „Unabhängigkeit“ seit langem und ganz besonders seit dem letzten Sommer, wo die Bourgeoisie ihre „unabhängige Unabhängigkeit“ feierte, dadurch, daß sie die Wünsche des Tyrannen Bismarck auf das eifrigste erfüllt, indem sie jeden im Bereiche des Sozialismus stehenden Deutschen rücksichtslos anweist. Und zwar thut sie das mit einer solchen Gemeinheit, daß die preussische Polizei ihre Freude daran haben kann, indem dem Ausgewiesenen hier nur 18 Stunden Zeit gegeben ist, innerhalb welcher sie schon über die Grenze sein müssen. Man frage nur nicht, wie denn die belgische Polizei wissen kann, was jemand in Deutschland war. Dazu bedürfte denn die internationale Geheimpolizei? Wir wissen überdies ganz bestimmt, daß von der belgischen Polizei über jeden sich hier anmeldenden Deutschen in dessen Heimath, bzw. an seinen letzten Anwesenheitsort angefragt wird, ob derselbe nicht Sozialist sei. Wird die Frage bejaht, so ist keine Ausweisung ferig. Nicht so leicht geht es zwar mit Weibern; die länger als sechs Monate hier sind, indem die Ausweisung dann nicht mehr durch die Polizei, sondern nur durch ministeriellen, bzw. königlichen Erlaß erfolgen kann. Jedoch macht man auch in solchen Fällen nicht viel Hebel daraus. So hat die Regierung erst in voriger Woche wieder drei Sozialisten ausgewiesen, von denen zwei Deutsche sind, während der Dritte — man kann — ein geborener Brüsseler ist, dessen Vater allerdings den Heber hatte, Franzose zu sein. Die Namen der beiden Ausgewiesenen sind **Rung** und **Hahn**. Der erstere mußte sich seine Papiere an der niederländischen Grenze holen, da er nicht nach Deutschland gehen wollte. Daß Hahn's Frau todkrank darnieder liegt, daran leidet sich eine solche gemeine Geldschand-Regierung natürlich nicht. Man könnte vielleicht schweigen, wenn sich die Betroffenen irgendwie gegen die Landesbehörde wehren könnten oder wenn sie sich in politische Angelegenheiten des Landes einmischen könnten. Doch nichts von alledem; nur der eine Ausgewiesene, Hahn, gehörte einem deutschen sozialistischen Vereine an, dessen Thätigkeit sich jedoch streng auf das deutsche Element beschränkt und dessen Statuten sogar die Einmischung in politische Landesangelegenheiten verbietet. Man könnte vielleicht auch noch schweigen, wenn nicht zu gleicher Zeit, wo man Arbeiter ausweist, denen eine barbarische Regierung in ihrem Heimathlande die Existenz unmöglich gemacht hat und die hier ihr Brod eifrig erwerbend, eine nicht unbedeutende Zahl aus dem Ausland eingewanderte dummer Existenzen ihr Unwesen frank und frei betreiben dürfte. Dieser Abschau der Gesellschaft, welcher kein Vaterland mehr wegen Betrag, Nothdurft und wer weiß sonst was für gemeine Verbrechen verlassen hat, ist aber gerade dieselbe Klasse von Menschen, aus welcher die Behörden mit Vorliebe ihre geheimen Agenten zur Überwachung der Sozialisten wählen.

Man sieht, die Regierungen aller Länder sind vollkommen einig, wenn es sich um Verfolgung der Sozialisten handelt, gleichviel ob sich die Verfolger Republikaner, Monarchisten, Konstitutionelle oder sonst wie bezeichnen. Sollten die Sozialisten dieser Thatsache gegenüber nicht auch einig sein? Und antwortet jeden Schritt, der zur großen Einheit führt, zu betreten, zu bewahren, ja sogar die Spaltung mit Gewalt provoziert zu suchen, wie das von einer Anzahl von Leuten, die sich mit Vorliebe revolutionäre nennen, mit Dampfdruck betrieben wird — sollten die verfolgten Sozialisten nicht halt alles dessen die Einigkeit vor allem hochhalten suchen?

Nachschreibt. Soeben erfahren wir, daß noch ein dritter deutscher Genosse ausgewiesen wurde. Hahn ist nach 17-tägiger Haft wieder entlassen worden, und hat man ihm acht Tage Anlauf gewährt. Und nun noch eins: der Spiegel Lehmann ist wieder hier — Achtung!

Frankreich.

Der französische Sozialistenkongress zu Havre zieht die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Leider dringt und der Raumwangel, einen eingehenderen Bericht über die Kongressverhandlungen für nächstesmal zurückzulegen. Für heute nur soviel: Nachdem die Mandate der wirklich sozialistischen Vertreter von dem im Solde Gambetta's und des ministeriellen „Arbeitsbureau“ stehenden belgischen Ausschusses Lyonais, der vollkommen diktatorisch handelte, für „ungültig“ erklärt worden, und die gegen dies Vorgehen protestirenden Sozialisten wörtlich und thätlich beleidigt worden waren, verließen die sämtlichen Sozialisten den Saal. Der vollziehende Ausschluß des marceller Kongresses erklärte den Ausschluß Lyonais wegen Bruchs der marceller Kongressbeschlüsse, Ueberschreitung und Mißbrauch seiner Befugnisse für abgethan, und die sozialistischen Vertreter konstituirten sich als wahrhafter Sozialistenkongress, während die gambettistische Kiste abeist tagt. Auf dem Sozialistenkongress sind über 110 Vereine und Gewerkschaften (Syndikatskammern) durch ungefähr 60 Abgeordnete vertreten, und fast jeden Tag treten weitere Vertreter von dem Lyonaischwindel zu dem Kongress über; auf dem letzteren herrscht der beste Geist und die Verdichtung fördert zu seinen Sitzungen so massenhaft herbei, daß der große Saal die Kommenden nicht zu fassen vermag. Der Kondensat der Gambettisten dagegen kriecht sein Dasein fast unbemerkt, seine anfänglich 37 Vertreter schmelzen täglich mehr zusammen und die noch zurückbleibenden — größtentheils Stipendiaten der Gemeinderäthe — sind unter sich so gespalten, daß eine Verständigung ganz unwahrscheinlich ist. Die Bestrebungen der Opportunisten, die aufgeklärten Arbeiter auf falsche Wege zu bringen und sie zu verheeren, hat bei der übergroßen Mehrheit des französischen Proletariats gewaltig Schiffbruch gelitten; — die nächsten Wahlen, auf welche die Ergebnisse des Havrer Kongresses ihren Einfluß nicht verschleppen werden, werden den Tagesherrschern den thätlichen Beweis dafür liefern. Die deutsche Sozialdemokratie begrüßt die in Havre versammelten Vertreter selbstverständlich auf das brüderlichste.

— Mit großem Bedauern vernahmen wir, daß die von uns so lebhaft begrüßte „Emancipation“ mangels der nöthigen materiellen Unterstützung leider demächst wieder eingehen wird. Wir stellen das Erscheinen des ersten täglichen Organes der französischen Arbeiterpartei ein, schreiben die Herausgeber, bis zu dem nächsten Tage, wo es uns möglich sein wird, in Paris selbst wieder in die Reihe treten zu können. An Stelle des Blattes wird den Abonnenten der „Citoyen“, unser wöchentlich pariser Kompagnon, geliefert. Möge die Redaktion ihren Vorsatz bald zur Ausführung bringen können!

Spanien.

* Die sich heute die Nichtswisser in sozialen Dingen allenthalben hervorbringen und der Welt ihre Weisheit aufdrängen, so auch in Spanien. Der frühere Lobredner der Internationale, Herr Castelar, der famose „Staatsmann“, dem es gelang, die von ihm regierte spanische Republik zu Todte zu schwächen und der heute zum reinen Affen Gambetta's geworden ist, dieser Muster-Liberalrepublikaner hat sein Vorbild noch übertroffen. Er leugnet nicht nur das Bestehen einer sozialen Frage wie Gambetta, Crispi und andere; nein er leugnet sogar die Existenz von Sozialisten! Man lese einmal folgende Stelle aus einer Rede, welche der große Redner der spanischen Bourgeoisie in Alcala hielt:

„Wir, die wir die äußerste Rechte der spanischen Demokratie sind (1), erklären, daß man von uns weder föderalistische Liebhabereien, noch kommunistische Forderungen zu erwarten hat. Glücklich erweise sind die sozialistischen Tendenzen aus der europäischen Demokratie verschwunden, von dem Augenblick an, wo der Faschismus auf Rimmerwiedersehen aus Europa verschwunden ist (2). Die Utopie, die Internationale, die Märtheit des Gemeineigentums und der kollektivistischen Anarchie, die dem gemäßigten Individualismus — welcher die solide Grundlage aller liberalen Systeme bildet — feindlichen Systeme, mit einem Wort: der sozialistische Gedanke ist verschwunden und sogar verdrängt in der Nation, welche ihn am meisten gehäßt hatte, in Frankreich (3), seit die Eskatur des Faschens vorbei ist. Und weil die sozialistischen Bestrebungen in der europäischen Demokratie nicht mehr bestehen, muß die Arbeit ein Recht auf die vollkommenste Vereinigungsfreiheit haben, wie auch das Eigenthum ein Recht auf vollkommene Sicherheit hat.“

Man weiß wahrhaftig nicht, was man an diesem Allerweltsschwärmer mehr anstehen soll: seine abgrundtiefe Unwissenheit oder seine alberne Persiflage. Erklärt der famose „Demokrat“ doch aber, sobald er wieder an der Herrschaft sein wird, den Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht geben werde, aber nur unter der Bedingung, daß es keine sozialistischen Bestrebungen mehr gebe. Selbstverständlich würde er, wenn er solche fände, durch Unterdrückung der Arbeitervereinigungen, wenn nöthig auch durch Fälschungen nachzugehen wissen!

Großbritannien und Irland.

* Die Aufregung in Irland wächst noch immer, so daß man tagtäglich an einen allgemeinen Ausbruch der Volkswuth glauben sollte. An Einzelradikalen fehlt es nicht und den Landherren und ihren Schleppträgern brennt der Boden immer heißer unter ihren Sohlen. Die Regierung zieht immer mehr Truppen nach der grünen Insel; ob sie aber einer allgemeinen Erhebung gegenüber genügen würden, wenigstens für den Anfang?

Rußland.

* Während die Regierung des Zaren glaubt, der sozialistisch-revolutionären Hydra den letzten Kopf abgeschritten zu haben, erwacht dieselbe zu neuem Leben, zu neuer Thätigkeit. Sorden erhalten wir aus Petersburg ein gedrucktes Exemplar des Arbeiterprogramms der Parteimitglieder der Narodnaja Wolja, welches in mancher Beziehung von besonderem Interesse ist. Wir werden dasselbe im nächsten Wort zum Ausdruck bringen.

Nordamerika.

* Die großen Wahlen für die Verwaltung, den Senat und das Haus der Vertreter sind zu Ende. Ihr Resultat ist: Garfield Präsident, die Verwaltung republikanisch, der Senat voraussichtlich ebenfalls republikanisch, das Repräsentantenhaus republikanisch; die meisten bisher zweifelhaften Staaten wählten republikanisch und selbst im Süden haben die Republikaner Gewinne zu verzeichnen und mehrere Vertreter in den Kongress gewonnen. Die überseeische Republik befindet sich für die nächsten vier Jahre vollkommen in den Händen der Republikaner. Ueber die Bedeutung dieses Wahlergebnisses drückt sich unter newyorker Parteigang folgendermaßen aus:

Der Ausfall der Wahl ist gleichbedeutend mit der vollständigen Vernichtung der demokratischen Partei, wie sie jetzt besteht und mit der definitiven Befestigung des Imperialismus, als Ausdruck und Werkzeug des Alles überherrschenden Kapitalismus und Monopolismus. Und daß es so gekommen, erscheint nur natürlich. Die republikanische Partei vertritt in ihren Führern ein Prinzip — und sei es auch noch so verwerflich —, das der rücksichtslosesten Volksoberhebung; die demokratische vertritt gar nichts mehr, es sei denn das erbärmlichste Kompentium an Gewinnsucht und Charakter. Wie muß eine Partei beschaffen sein, die mit einem Kandidaten wie Hancock eine so vernichtende Niederlage erleidet, und das einer Partei gegenüber, die mit einem so berückichtigten Sannvertrager, wie Garfield, in den Kampf geht. Welche Hoffnung gibt es noch für die demokratische Partei in der Zukunft? Woran gestützt hofft dieselbe noch jemals Erfolge zu erringen, wie will sie es anfangen, den rücksichtslosen, durch unermesslichen Reichthum gewaltigen und durch den faktischen Besitzstand berechtigten Gegnern die Macht aus der Hand zu winden? Die einzige Macht, die im Stande gewesen wäre, ihr neues Leben einzuflohen, hat sie verlor. Sie hat sich verwehrt gegen — die „Komune“, sie hat den Arbeitern versprochen, sie vor dieser Schreckensgestalt zu schützen, sie hat sich mit diesem Versprechen ihr eigenes Grab gegraben.

So gewiß es also ist, daß die Leiche dieser demokratischen Partei niemals wieder in wirkliches Leben zurück magnetisiert werden kann, so gewiß ist auch ein anderes: Unsere Zeit ist mit jetzt! Wie nach dem biblischen Rächer am Schlingentage sich das Heile vom Rassen löst, so werden sich fortan scheiden die beiden großen Klassen der Ausbeuter und Ausgebeuteten; sie werden sich scheiden und knallharter als politische Parteien, und es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialisten, in den Kämpfen der kommenden Tage die Führerschaft zu übernehmen. Wenn wir es nicht thun, so haben wir keine Berechtigung der Existenz, denn nirgendwo auf der Welt liegen jetzt die Verhältnisse einfacher, nirgendwo ist uns der Weg unserer Pflichten klarer vorgeschrieben, als jetzt in diesem Lande. Wir zweifeln nicht, daß wir uns dieser Aufgabe gewachsen zeigen werden und akzeptiren die Situation, wie sie durch den Ausfall der jüngsten Wahl geschaffen worden ist, feindlich und entschlossenem Herzen.“

— Weg Geistes Kind übrigens der künftige Präsident ist zeigt nachfolgender Brief, den der Mann „persönlich und vertraulich“ an eine Arbeitergewerkschaft Massachusetts, gerichtet, hat und der nun bekannt geworden ist: „Washington, D. C., 23. Jan. 1880. Werther Herr! Ihre Anfrage bezüglich der Chinesenfrage habe ich erhalten. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiterfrage nur eine Frage der Privat- und Corporationswirtschaft ist, und einzelne Personen sowohl als Korporationen haben das Recht, die Arbeit zu kaufen, wo sie sie am billigsten bekommen können. Wir haben einen Vertrag mit der chinesischen Regierung und derselbe sollte mit religiöser (1) Gewissenhaftigkeit gehalten werden, bis seine Bestimmungen durch einen Akt der Regierung geändert sind, und ich bin nicht der Meinung, daß sie abgeändert werden sollten, bis unsere großen Fabrikinteressen in Sachen der Arbeit gewahrt sind. Ihr ergebener J. A. Garfield.“

Diese entschiedene Parteinahme für die Chinesenarbeit zum Schaden der weißen Arbeit und zu Gunsten der Monopolisten und Kapitalisten ist ganz im Einklang mit den Tendenzen der Ausschussspartei par excellence, der Herr Garfield angehört. Allerdings wird der Brief von Garfield und den Republikanern als Fälschung erklärt und haben sich die letzteren sogar an die Gerichte gewandt; aber das Verhalten des Mannes im Kongress war so, daß er den Brief recht gut geschrieben haben könnte.

Briefkasten.

Der Expedition: W. R. Schif. N. 2. — Ab. 2. Mon. erh. — 1. grüßl. — Kausch, London: Reiches disponibel (2. Postkarte. Rücksendung erportet. — Louise: Dank! N. wird „ergattert“ werden. Der „wahnsinnige Hering“ in Lond. droht das Weimarer anzupinsen und Cure „Snabbe“ bietet ihm noch den R-bach zum Nachschick an; profi die Mähheit! — Untel: N. 43, 25 Ab. 3. Cu. u. Schif. erh. 48 bringt Weiteres. — J.: Allerdings ein Mißverständnis. Mit 47 Weiteres. — D. 43. N. 8. — erh. u. p. Ab. u. Schif. gutges. Das letzte Wort nur N. 7. — vorgeschunden. Gewöhnliches mit 47 befolgt. — A. B. London: Pf. v. 17. erh. am 19. erh., war also nicht prompter in telegraph. — Schuder J.: Nr. 155 erh. Alles glatt. — E. D. J.: Nr. 10. — v. P. K. eingereicht. — Sonson: N. 1. — j. An. erh. Grühl. — Mar. H. Oberst: J. 2. — j. Cu. erh. G. hatte schon vor 4 Wochen reifert. Haben nachgel. — Dr. St. — erh. N. 1. — Ab. erh. — Vittoria: Pf. v. 19. 9. brachte Gelo. Der darauffolgende forderte Sperre, darüber das Weiteres. Mit 47 gänger Ertrag 24. baldig mehr. — Nothbahn: Pf. v. 10. — 1 an G. zur Erl. erh. Pf. v. 19. 11. über. Nach N. Alles recht prompt befolgt. — Gondoc: Durch Freundeshand Erhaltenes beachtet. Möglich, daß „Freund Nascovis“ ungewünscht. — Redhat: N. 30. — 3 Eto. Ab. 3. Cu. u. N. 10. — o. Schr. j. R. K. erh. Abrechnung sehr erwünscht. — Fidelehand: N. 10. — Ab. N. erh. Abg. 23. 11. — N. A. G.: Seit 1850 schon überlegt, N. 4. — Ab. 4. Cu. u. Fighl. erh. Pf. v. 18. 8. erh. zur R. 2, 20 Ab. 3. Cu. Nichts weiter. — A. Ctra: P. 8. erh. Schif. erwartet. — B. u. G. B.: Die G. sind allerdings becheit. K. wird Bescheid wissen. 1 Expl. geht stets an neue Adr. Nach die nach Wunsch abgeg. am 17. 11. an Pf. v. 18. 8. — D. Paris: Jh nicht unsere Schuld. Wenn! — Soj. dem. Ber. St. Gullen: Wenn Dank! — R. Kur. N. 9. 1. 5 St. 43 abermals abgedr. — Andre B. Var.: Fighl. u. B. befolgt. — A. Pant. Chogo.: Was vorläufig fort. Abrechnung folgt. — Paris: G. war bereits befolgt. 48 bringt der P. — Dr. A. R. Bog.: J. — 30 Eto. Schif. gebucht. — Kottschelken: Wo bleiben deine „Kicker“?

Anzeigen.

Gesucht

ein **Kompagnon** mit mindestens **5000 Mk. Einlage** in eine süd-deutsche Residenzstadt, für ein **rentables Geschäft**, welches **nicht unter 20 Proz. Reingewinn** arbeitet und sich leicht auf einen Umsatz von 150,000 Mk. bringen ließe. Besondere Kenntnis des Artikels nicht unbedingt erforderlich. Näheres durch die Expedition des „Soziald.“ in frankirten Briefen. (24.)

Bei uns ist erschienen und kann durch uns und die Volksbuchhandlung bezogen werden:

Das Grab zu Ottenen.

Gedicht.

Preis: 10 Cts.

Ertrag für die Hamburger Ausgewiesenen!

Das wirkungsvolle, die heute in Deutschland hausende Tyrannei und ihre Träger geißelnde Gedicht ist allen Genossen zur weiteren Verbreitung zu empfehlen!

Expedition des „Sozialdemokrat.“

In unserem Verlag ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Revanche!

Episode aus den Kämpfen der Kommune.

Von Leon Gladel.

Aus dem Französischen übersezt, nebst einem Vorwort von

M. Herberich.

Preis: pr. Exemplar einzeln: 15 Cts. — 10 Pfg. netto bar voraus. Porto beizulegen für 1-5 Expl. in der Schweiz hiesiges Kreuzband- oder Foderporto, für Deutschland 5 Pfg.; bei größeren Partien pro Exemplar 1 Pfg.

Bei größeren Partien entsprechender Rabatt. Lieferung nur gegen Baar-Vorauszahlung, Bestellung franco und baldigst erbeten, da nur mäßiger Vorrath.

Verlag des „Sozialdemokrat.“

A. Herter, Industrieallee.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

3 Percy Street Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. I. A. Dor Sekretär: G. Lamke.

Schweiz. Vertriebsdruckerei Höttingen-Bühl.